

Ä1 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Komma

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

Wir BÜNDNISGRÜNE definieren uns als antifaschistische Partei. Nicht, weil das in unserer Satzung festgeschrieben ist – denn das ist es nicht – sondern weil wir

Ä2 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Überflüssiges "zu"

Änderungsantrag zu D2

In Zeile 19 löschen:

Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen ~~zu~~ bekämpfen!

Ä3 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Überflüssiges "zu"

Änderungsantrag zu D2

In Zeile 43 löschen:

Politische Bildung und Jugendförderung aus**zu**bauen!

Ä4 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Rechtschreibung

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 105 bis 106:

- Ausbau gezielter Weiterbildungsmaßnahmen, um ~~präkerer~~ prekärer Beschäftigung entgegenzuwirken

Ä5 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Rechtschreibung

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 192 bis 193:

- Stärkung des Rentenniveaus und der Einführung einer würdevollen und armutsfreien Mindestrente statt ~~präkerem~~ prekären Lebensabend

Ä6 Nährboden für Rechtsextremismus in Sachsen austrocknen - unser Verband konsequent antifaschistisch

Antragsteller*in: Stefan Knorr (KV Chemnitz)

Redaktionelle Änderung

Ausdruck verbessert

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 69 bis 76:

Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen!

Die Schere zwischen Arm und Reich ~~ist~~hat sich in den letzten Jahren immer weiter

~~auseinandergewachsen~~geöffnet. Zwar hat sich der allgemeine Wohlstand in der Bevölkerung – auch in Sachsen – stetig verbessert, aber er ist ungerecht verteilt. Wir beobachten mit Besorgnis, wie der Wohlstand vor allem in die Taschen weniger Menschen wandert. Während in den letzten Jahren das Vermögen der Superreichen um 10 % wuchs, waren es bei den unteren ~~75%~~75 % nur ~~1,5%~~5 % Vermögenswachstum - und damit weniger als die Inflationsrate. Diesem Zustand gilt es entschieden

Ä1 Antrag zur Änderung der Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

Antragsteller*in: LAG Geschlechterpolitik

Beschlussdatum: 17.11.2024

Änderungsantrag zu S4

Von Zeile 27 bis 29:

Landesvorstand, einzelne Delegierte und die GRÜNE JUGEND Sachsen sowie mindestens ~~15~~25 Mitglieder des Landesverbandes, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

Begründung

Die Einführung von mehr Basisdemokratie für die Antragstellung begrüßen wir ausdrücklich. Eine Vielzahl von Anträgen ist Ausdruck einer lebendigen Partei. Nach Rücksprache mit vielen weiteren Landesarbeitsgemeinschaften möchten wir jedoch anregen, dass mindestens 0,5 % der Mitglieder unseres Landesverbandes (mit derzeit über 4100 Mitgliedern) einen Antrag unterstützen müssten. Gleichzeitig erkennen wir an, dass eine absolute Zahl für Antragsteller*innen einfacher zu handhaben ist. Daher schlagen wir vor, 25 Mitglieder in die Geschäftsordnung zu schreiben, was das anhaltende Mitgliederwachstum absehbar abbildet. Zum Hintergrund: Auf nahezu jeder BDK werden auf diesem Wege Anträge gestellt, welche sich gegen Minderheiten in unserer Partei wenden oder die Prinzipien des Bundesfrauenstatuts angreifen. Als Landesarbeitsgemeinschaften machen wir allen Mitgliedern kontinuierliche Angebote sachliche Anträge gemeinsam vorzubereiten und Debatten offen zu führen. Mitglieder in ländlichen Räumen haben weiterhin, auch bei weniger als 25 Menschen, die Möglichkeit Anträge zur Landesversammlung als Ortsverband zu stellen.

Ä2 Antrag zur Änderung der Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

Antragsteller*in: LAG Geschlechterpolitik

Beschlussdatum: 17.11.2024

Änderungsantrag zu S4

Von Zeile 17 bis 19:

Landesvorstand, einzelne Delegierte und die GRÜNE JUGEND Sachsen sowie mindestens ~~15~~25 Mitglieder des Landesverbandes, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen.“

Begründung

Die Einführung von mehr Basisdemokratie für die Antragstellung begrüßen wir ausdrücklich. Eine Vielzahl von Anträgen ist Ausdruck einer lebendigen Partei. Nach Rücksprache mit vielen weiteren Landesarbeitsgemeinschaften möchten wir jedoch anregen, dass mindestens 0,5 % der Mitglieder unseres Landesverbandes (mit derzeit über 4100 Mitgliedern) einen Antrag unterstützen müssten. Gleichzeitig erkennen wir an, dass eine absolute Zahl für Antragsteller*innen einfacher zu handhaben ist. Daher schlagen wir vor, 25 Mitglieder in die Satzung zu schreiben, was das anhaltende Mitgliederwachstum absehbar abbildet. Zum Hintergrund: Auf nahezu jeder BDK werden auf diesem Wege Anträge gestellt, welche sich gegen Minderheiten in unserer Partei wenden oder die Prinzipien des Bundesfrauenstatuts angreifen. Als Landesarbeitsgemeinschaften machen wir allen Mitgliedern kontinuierliche Angebote sachliche Anträge gemeinsam vorzubereiten und Debatten offen zu führen. Mitglieder in ländlichen Räumen haben weiterhin, auch bei weniger als 25 Menschen, die Möglichkeit Anträge zur Landesversammlung als Ortsverband zu stellen.

Ä1 Für die Erstattung von Übernachtungs- und Reisekosten einen digitalen Abrechnungsweg einführen.

Antragsteller*in: Johannes Brink (KV Mittelsachsen)

Änderungsantrag zu V2

Von Zeile 1 bis 4:

~~Hiermit stelle ich den Antrag, der Landesvorstand möge prüfen und die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen, für die Erstattung von Übernachtungs- und Reisekosten einen digitalen Abrechnungsweg einzuführen. Dies betrifft die Abrechnungen mit Kreisverbänden und dem Landesverband.~~

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, sich beim Bundesvorstand dafür einzusetzen, Möglichkeiten der digitalen Abrechnung von Auslagen und Reisekosten zu schaffen. Darüber hinaus sollen auch weitere Möglichkeiten der Digitalisierung diskutiert werden. Die Ergebnisse sollen bis Ende 2025 vorgestellt werden.

Begründung

Das Anliegen des ursprünglichen Antrags ist unterstützenswert. Es ist aber fraglich, ob und wie eine digitale Einreichung möglich ist. Des Weiteren ist eine Umsetzung bis zum Jahresende nicht sinnvoll, da wir erst einmal mit dem Wahlkampf zu tun haben. Zumindest bei Verzichtsspenden ist mein Kenntnisstand der Auslegung der, dass diese handschriftlich unterschrieben sein müssen. Dies wäre rechtlich zu prüfen. Es ist für mich auch die Frage, ob es sinnvoll ist, den Kreisverbänden hierbei eine Vorgabe zu machen. Insbesondere in der kurzen Frist. Außerdem ist die Frage, inwiefern die digitalen Abrechnungen Probleme bei dem gemeinsamen Rechenschaftsbericht des Bundesverbandes machen können.

Der Letzte Satz des Ursprungsantrages soll logischerweise auch gestrichen werden, dies ist jedoch technisch nicht möglich.

Unterstützer*innen

Kathleen Busch (KV Mittelsachsen)

Ä1 Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Antragsteller*in: Max Lissowski (KV Dresden)

Redaktionelle Änderung

comunity -> community, mit zwei m :)

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 109 bis 110 einfügen:

4. den Aufbau und die Unterstützung communitybasierter Antidiskriminierungs- und Antirassismuserbeit und Stärkung der Selbstorganisationen;

Ä2 Neue Sicherheit in unsicheren Zeiten – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen fordern Vernunft, Pragmatismus und Rechtsstaatlichkeit in der Migrationspolitik auf allen Ebenen.

Antragsteller*in: Gunter Friedel (KV Leipzig)

Änderungsantrag zu V3

Von Zeile 5 bis 17:

~~Gesamtgesellschaftlich erleben wir einen tiefgreifenden Wandel, in dem bewährte Sicherheiten verloren gehen und die Folgekosten zunehmend sichtbar werden. In diesem Kontext erscheint eine Isolationspolitik manchen als vermeintliche Lösung, um Stabilität zu bewahren und Herausforderungen im Inneren besser kontrollieren zu können.~~

~~Eine Politik der Abschottung bedeutet eine enorme Belastung aller Menschen in Deutschland. Die Bewegung von Menschen und Gütern gehört zu den wesentlichen Dynamiken unserer globalisierten Zeit. Aus ökonomischer Sicht würde ein Verzicht auf Zuwanderung zu erheblichen Wachstumseinbußen und Versorgungsengpässen führen. In sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht stehen wir vor einem wachsenden Konkurrenzdruck, in dem ökonomisch schwächere Gruppen das Nachsehen haben. Dies verstärkt rassistische Strukturen und führt zu einem Erstarken völkischen Denkens, das als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird.~~

Die freie Bewegung von Menschen, Gütern und Dienstleistungen über Ländergrenzen hinweg sind eine Errungenschaft der europäischen Einigung – sie fördern den Austausch von Kultur und Wissen. Für eine vernetzte Gesellschaft wie die unsere ist eine Politik der Abschottung mit existenziellen Nachteilen verbunden. Zugleich würde ein Verzicht auf Zuwanderung den bereits bestehenden Fachkräftemangel verschärfen und das Kürzen von Angeboten bspw. im Bereich der Gastronomie oder dem Gesundheitssektor bedeuten. Unternehmen, die dauerhaft kein Personal finden, werden ihre hiesigen Standorte auf den Prüfstand stellen. Zugleich entstehen durch Migration Konkurrenzsituationen: am Wohnungsmarkt, im Bereich der Bildung oder generell beim Einsatz knapper öffentlicher Mittel. Diesem Konkurrenzdruck wiederum sind vor allem ökonomisch schwächere Gruppen ausgesetzt, was rassistische Einstellungen oder auch das Erstarken völkischen Denkens, welches als „Schutz“ vor globalen Entwicklungen gesehen wird, fördert.

Begründung

Es braucht ein klares positives Bekenntnis zu Migration! Zudem sind die Aspekte breiter als im ursprünglichen Text und schließlich geht es bei Migration in Sachsen schon gar nicht mehr um Wachstum sondern den Erhalt unserer Lebensgrundlage.